

atomstopp

atomkraftfrei leben!

4. Quartal 2013, 38. Jahrgang, Nr. 220



**EU-KOMMISSION MUSS NEIN ZU
ATOMFÖRDERUNG SAGEN!**

Unterstützen Sie die Petition auf www.my-voice.eu



Liebe Freund_innen!

Der Atomindustrie geht es schlecht – das müssen nun sogar die glühendsten Atombefürworter zugeben: Die Strompreise an den internationalen Börsen fallen und fallen. Um halbwegs mithalten zu können, müsste für Strom aus Atomkraftwerken doppelt soviel, bei manchen Kalkulationen sogar dreimal so viel verlangt werden! **Atomstrom ist somit unverkäuflich!**

Wenn es also nach marktwirtschaftlichen Überlegungen geht, würde das bedeuten: die Atomenergie ist am Ende! Atomstrom rechnet sich nicht – und das ist insofern erstaunlich, weil ja viele Kosten, die die Atomindustrie verursacht, überhaupt nicht in den derzeitigen Strompreis eingerechnet werden (Stichwort: Suche nach „geeigneten“ Lagerorten für den hochradioaktiven Abfall für eine Million Jahre) oder die Atomindustrie Privilegien genießt, wie etwa die eklatante Unterversicherung der Atomreaktoren. Oder die Atomindustrie seit Jahrzehnten mit einem eigenen EURATOM-Forschungsprogramm unterstützt wird, über das das Europäische Parlament (im Gegensatz zu allen anderen Forschungsprogrammen) nicht mitentscheiden darf!

Wenn ein Atomunfall passiert, haftet der Betreiber im Promillebereich des Schadens. **De facto werden die Kosten eines Atomunfalls auf die Allgemeinheit umgewälzt.** FUKUSHIMA und die Folgen sollten allen ein warnendes Beispiel sein! Eine angemessene Haftpflichtversiche-

rung ist ein Gebot der Stunde! Und die Kosten für diese Versicherung sind natürlich von der Atomindustrie selber zu tragen!

Die Allgemeinheit „darf“ mit öffentlichen Mitteln ihren Beitrag leisten, dass wir alle der atomaren Gefahr ausgesetzt werden: zinsgünstige Kredite für die Atomindustrie in Form von EURATOM-Krediten sorgen dafür, dass Atomreaktoren, die aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten nicht fertig gebaut werden können, letztlich doch ans Netz gehen. Und EURATOM-Kredite sorgen dafür, dass gefährliche Atomreaktoren sicherheitstechnisch „verbessert“ werden und damit die atomare Gefahr verlängert wird, das unlösbare Problem des radioaktiven Abfalls vergrößert wird und der Einstieg in eine nachhaltige Energieversorgung verhindert zumindest aber hinausgeschoben wird.

Im Fall der Atomenergie ist klar: ohne massive Unterstützung und viel Lobbyismus hätte diese Technologie von Anfang an keine Chance gehabt. Und nun stehen wir einer dauernden atomaren Bedrohung gegenüber und sitzen auf einer riesigen und gefährlichen Altlast, denn auf die Frage „Wohin mit dem radioaktiven Abfall?“ gibt es weltweit immer noch keine schlüssige Antwort.

Europa steht zur Zeit am Scheideweg: Ohne zusätzliche Förderung droht der Atomindustrie das AUS. Manche Mitgliedstaaten überlegen nun, wie sie der Atomindustrie zu Hilfe eilen können: Atomkraft soll wie die Erneuerbaren Energien gefördert werden. Dazu braucht es die Zustimmung der Europäischen Kommission, die sich in der Vergangenheit tendenziell auf die Seite der Atomindustrie geschlagen hat – schließlich gibt es ja immer noch den EURATOM-Vertrag als einen der Gründungsverträge der Europäischen Union, der vorsieht, die Voraussetzungen zu schaffen für den raschen Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie.

Dass diese „mächtige europäische Atomindustrie“ ohne weitere Subventionen am Ende ist, ist ein Armutszeugnis und das Eingeständnis, dass Atomstrom weder billig noch konkurrenzfähig ist.

Mit besten Grüßen und danke für Ihre Unterstützung!
Roland Egger - Obmann

Ohne EU-Kommission ist die Atomenergie am Ende!

Die europäische Atomindustrie ist am Ende. Trotz massivster Unterstützung in den letzten Jahrzehnten ist Atomkraft nicht konkurrenzfähig. Sogar der Temelin-Betreiber CEZ gibt zu, dass er für die Megawattstunde Atomstrom mindestens 70 Euro verlangen muss, damit die Produktion kostendeckend ist. Das Problem dabei: Die Megawattstunde Strom kostet zur Zeit aber nur 40 Euro! Und es ist keine Trendwende in Sicht: Strom bleibt billig!¹ Wer sollte Atomstrom kaufen, der fast doppelt so teuer ist? Niemand. Soweit geht die Atombegeisterung auch in Tschechien nicht.

Die fallenden Strompreise resultieren aus dem Boom an Erneuerbaren Energien! Strom aus Sonne und Wind setzen den alten Energieträgern wie der Atomenergie ordentlich zu.

¹ Wenn Sie sich nun wundern, warum Sie trotz sinkender Strompreise an den internationalen Börsen dennoch nicht weniger für Ihren Strom zahlen: Die wenigsten Energiehändler geben die fallenden Strompreise an Ihre Kund_innen weiter. Das kritisiert auch die E-Control, die als eine Art Aufsichtsbehörde über alle Energiebelange agiert. Sie verfügt offensichtlich über recht eingeschränkte Änderungs- und Einschreitungskompetenzen, weshalb sie u.a. auch nur auf den mangelnden Wettbewerb auf dem österreichischen Strommarkt aufmerksam machen kann.

Nicht zuletzt aufgrund von staatlichen Förderungen kam es zu einem vermehrten Ausbau Erneuerbarer Energie. Die Atomlobbyisten machen die Förderungen für die Erneuerbaren Energien für den Strompreisverfall verantwortlich. Und genau diese Förderungen will nun die Atomenergie auch für sich zusätzlich in Anspruch nehmen.

Großbritannien arbeitet bereits seit längerem daran, die Atomindustrie durch **eigene zusätzliche Subventionen zu fördern**. Der Neubau des englischen Atomkraftwerks Hinkley Point kann nämlich ohne solche zusätzlichen nationalen Förderungen nicht finanziert werden.

Das britische Fördermodell sieht vor, den Betreibern von Atomkraftwerken einen **fixen Abnahmepreis für den Atomstrom auf mehrere Jahrzehnte zu garantieren**: Ist der Strom an den Börsen billiger als der Strom aus den Atomkraftwerken, zahlt der britische Steuerzahler über seine Stromrechnung die Differenz und gleicht so den Verlust der Atomindustrie aus. „Contracts for difference“ nennt sich das und weil es sich dabei um eine direkte Förderung der Atomindustrie handelt, muss die EU-Kommission dem zustimmen.

Im Juli dieses Jahres ist öffentlich geworden, dass aus Sicht des EU-Wettbewerbskommissars Almunia eine solche Förderung denkbar ist. Der Aufschrei aus Österreich und Deutschland folgte unmittelbar und unmissverständlich: Ganz klar NEIN sagten zum Kommissionsvorstoß sowohl die deutsche Bundeskanzlerin Merkel und als auch der österreichische Bundeskanzler Faymann und weitere Vertreter_innen der österreichischen Politik. Deutschland kündigte ein Veto in der Kommission an.

Interessant ist allemal, dass Energiekommissar Oettinger – er ist von Deutschland in die EU-Kommission entsandt worden - noch vor wenigen Monaten eine Atomförderung als

„soviet“ bezeichnet hat, sich in die derzeitige Debatte aber nicht einmischte.

Und: Es herrscht nun Rätselraten, wie die Entscheidung in der EU-Kommission zustande kommt, ob Österreich oder Deutschland überhaupt die Möglichkeit haben, solche Subventionen zu beanspruchen und wie der Energiekommissar Oettinger die Atomförderung verhindern soll. Wenn das Mehrheitsprinzip gilt, sind Österreich und Deutschland möglicherweise isoliert. Die Mitgliedstaaten, die auf Atomenergie setzen wollen, sind in jedem Fall besser organisiert als die Mitgliedstaaten, die am liebsten sofort auf Atomenergie verzichten würden ...

Im Falle einer einstimmig zu treffenden Entscheidung und voraus-

gesetzt Deutschland und Österreich bleiben bei ihrem konsequenten NEIN zur weiteren Atomförderung, wäre das ein schwerer Rückschlag für die europäische Atomindustrie und damit ein wichtiger Schritt in Richtung europäischer Atomausstieg.

Die Atomlobbyisten argumentieren bei ihrem Förderbegehren mit dem Klimawandel und dass Atomenergie wichtig sei für eine CO₂-neutrale Energieproduktion.

Eine 2012 veröffentlichte Studie des österreichischen Ökologie-Instituts zeigt aber hingegen klar auf: bei zunehmend knapper werdenden Uranreserven werden immer mehr Gesteine abgebaut, die einen zunehmend geringeren Urangehalt aufweisen, wodurch sich der Ener-



gieinsatz für Abbau und Aufbereitung so erhöht, dass der CO₂-Ausstoß für die Atomstrom-Produktion mit der Produktion von Strom aus Erdgas vergleichbar ist.

GLOBAL 2000 startete eine ONLINE-Petition an die EU-Kommissare! Unterstützen Sie diese Petition auf www.my-voice.eu!

Wir brauchen keine Atomkommissare! Wir brauchen Politiker_innen mit Zukunftsvisionen!

Für den Herbst 2013 ist jedenfalls eine Öffentliche Konsultation zur nationalen Förderung der Atomkraft vorgesehen. Ohne EU-Kommission ist die Atomenergie am Ende! Und auch wenn nach dem Aufschrei aus Deutschland und Österreich wegen der möglichen Förderungen EU-Wettbewerbskommissar Almunia betonen ließ, dass die EU-Kommission keineswegs zum Bau von Atomkraftwerken ermuntern wolle: zu oft hat sich die EU-Kommission als extrem atomfreundlich gebärdet! Den jetzigen Vorstoß müssen wir verhindern!

Stimmen anlässlich des Vorstoßes der EU-Kommission

„Österreich ist gegen jede Art der Förderung für den Bau von AKWs oder die Produktion von Nuklearenergie, auch nicht unter dem Deckmantel einer CO₂-armen Technologie. Atomkraft ist keine Klimaschutzmaßnahme“, verdeutlicht **Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner**. Darüberhinaus widerspricht die Förderung von Nuklearenergie aus österreichischer Sicht der Logik und Systematik des allgemeinen EU-Beihilfenrechts und des Umweltbeihilfenrechts im Besonderen, weil die Gesamtweltbilanz der Technologie jedenfalls negativ ausfällt. (OTS 19. Juli 2013).

„Wir haben in Brüssel bereits unsere ablehnende Haltung zur Subventionierung von Atomkraft mehrmals deutlich gemacht. Wir werden aus allen Ebenen mit Verbündeten gegen dieses Vorhaben auftreten“, bekräftigt **Umweltminister Niki Berlakovich**. (OTS 19. Juli 2013).

Scharfe Kritik an den Plänen der EU-Kommission, den Bau von Atomkraftwerken zu fördern, übt **Team Stronach** Umweltsprecher Erwin Tadler. „Es ist zu erwarten, dass in Österreich die ÖVP-Minister Berlakovich und Mitterlehner jetzt Ablehnung signalisieren, aber dann dem Druck der EU nachgeben und umfallen. Die rot-schwarze Bundesregierung soll kein falsches Spiel spielen, sondern sich klar zu einem Atomstopp bekennen. (OTS 19. Juli 2013).

Dem kolportierten Vorhaben der EU-Kommission, den Bau von Atomkraftwerken durch eine neue Beihilfenrichtlinie zu erleichtern, erteilt SPÖ-Umweltsprecher Hannes Weninger eine klare Absage. (OTS 19. Juli 2013).

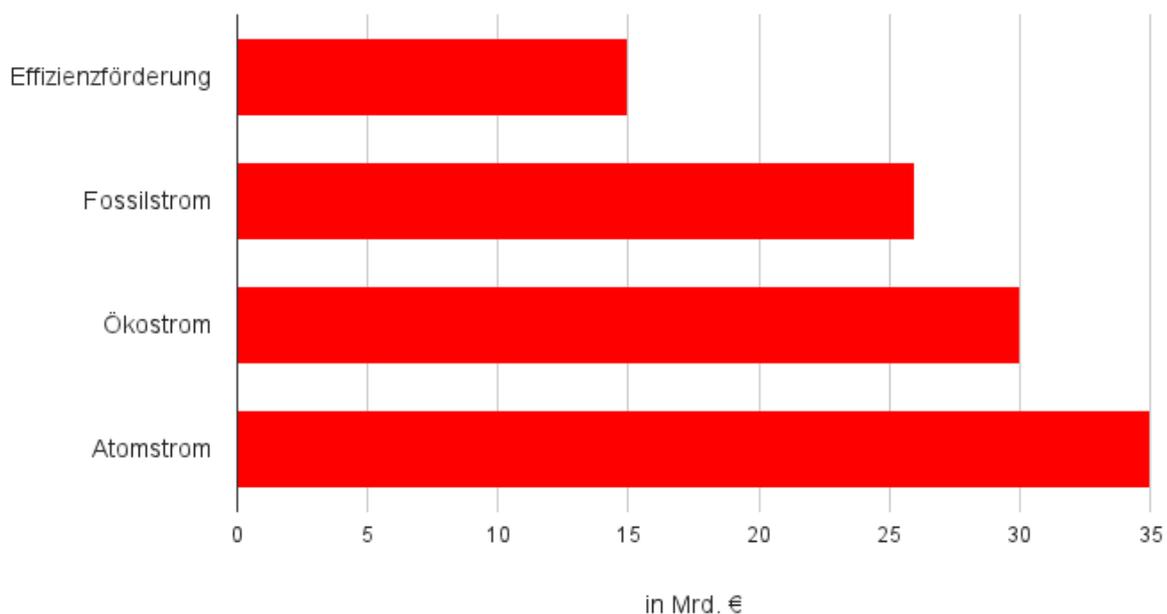
Österreich muss aus dem EURATOM-Vertrag aussteigen“, forderte der **freiheitliche Bundesparteiobmann-Stellvertreter Norbert Hofer** „EURATOM ist die Rechtfertigung dafür, dass Atomenergie noch immer subventioniert wird. Das wollen wir nicht“, betonte Hofer. (OTS 25. Juli 2013).

Als gefährliche Fehlentscheidung bezeichnet die **Grüne Bundessprecherin Eva Glawisch** die bekannt gewordenen Pläne der EU-Kommission, Bau und Betrieb von Atomkraftwerken künftig durch Staatshilfen zu erleichtern. (OTS 19. Juli 2013).

Das wäre ein Wahnsinn, das wäre gegen die Mehrheitsmeinung der Österreicher und würde die Energiewende gefährden“. Mit diesen Worten kommentierte **BZÖ-Umweltsprecher Rainer Widmann** die aufgetauchten Pläne der EU-Kommission, den Bau von Atomkraftwerken durch eine neue Beihilferichtlinie zu erleichtern. „EU-Kommissar Johannes Hahn muss sich diesem Ansinnen einiger EU-Staaten kräftig dagegenstemmen“, so Widmann weiter. (OTS 19. Juli 2013).

OTS: Original Text Service
Presseausendung der Politiker_innen

Energieförderung in der EU 2011



Eine Aufstellung der EU-Kommission zeigt, dass Atomenergie die höchste Förderung erhält
Quelle: Informationsdienst dpa Insight EU



Grenzüberschreitende Aspekte der Antiatom-Arbeit

Aus gegebenem Anlass der grenzüberschreitenden Landesausstellung Südböhmen_Oberösterreich wiesen Antiatom-Organisationen aus beiden Ländern auf die offene Baustelle „Atomkraftwerk Temelin“ in den bilateralen Beziehungen hin und auf die sich aus den grenzüberschreitenden Auswirkungen der Atomkraft ergebende notwendige grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Dem seit Jahrzehnten regen Austausch, der sich ständig weiter entwickelnden Zusammenarbeit der Antiatom-Organisationen beiderseits der Grenze wurde bei der Präsentation der Antiatom-Arbeit und bei einem Informationsgespräch am 22./23. Juni Rechnung getragen.

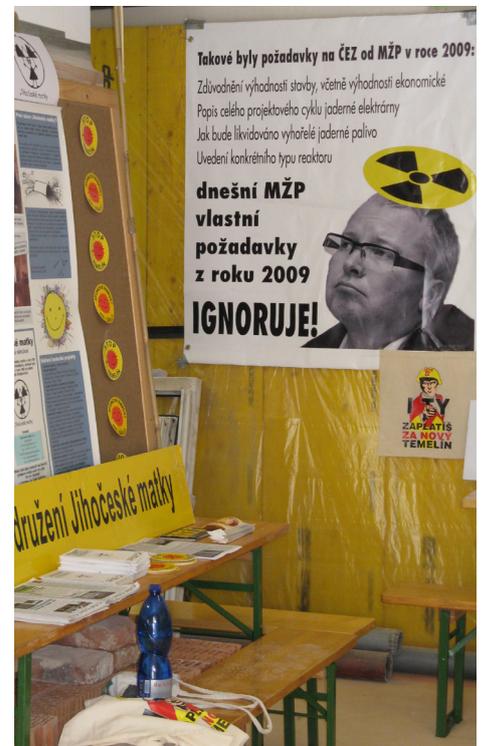
Organisiert von den Müttern gegen Atomgefahr (Freistadt) unter der souveränen Leitung von Obfrau Gabriele Schweiger war Gelegenheit, sich umfassend und direkt ein Bild von der offenen Baustelle „Atomkraftwerk Temelin“ zu machen, dargeboten auf einer vorübergehenden Baustelle, nämlich des ehemaligen Musikhauses Lorenz in der Salzgasse 20 in Freistadt.

Bei der abendlichen Gesprächsrunde vor dem Musikhaus gaben die

ehemalige Obfrau der Oberösterreichischen überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr, Mathilde Halla, und die ehemalige Obfrau der Südböhmischen Mütter gegen Atomgefahr, Dana Kuchtova, einen Rückblick auf die Anfänge der gemeinsamen Antiatom-Arbeit, die auch unter der jetzigen Obfrau Monika Wittingerova-Machova ihre ungebrochene Fortsetzung findet.

Die Antiatom-Aktivist_innen sind jedenfalls überzeugt, dass die einzige Antwort auf die länderübergreifende Gefahr durch die Atomkraft die länderübergreifende Zusammenarbeit sein muss. Dem stimmten auch die Obmänner der oberösterreichischen Vereine Alfred Klepatsch (Anti Atom Komitee) und Roland Egger (atomstopp_atomkraftfrei leben!), die Obmänner der tschechischen Vereine Pavel Vlcek (OIZP) und Edvard Sequens (CALLA) sowie natürlich auch der Obmann des grenzüberschreitend tätigen Vereins „Sonne und Freiheit“ Bernhard Riepl zu.

Besonders erfreut zeigten sich die Antiatom-Aktivist_innen über die Teilnahme des ehemaligen Freistädter Bezirkshauptmanns Dr. Hans-Peter Zierl, der bei den Blockaden der österreichisch-tschechischen Grenzübergänge besonders umsichtig agierte und den offenen Protest gegen den Bau des Atomkraftwerks Temelin ermöglichte.





auch eine Haftpflicht abschließen, obwohl das die Mobilität verteuert!“

Petition an das Europäische Parlament – 400 Milliarden Euro je Atomreaktor

atomstopp hat – ausgehend von der Ankündigung von EU-Kommissar Oettinger im Herbst 2012 einen Vorschlag zur Versicherungspflicht von Atomreaktoren – eine Petition an das Europäische Parlament gestartet mit dem Ziel einer europaweit einheitlichen Haftpflichtversicherung in der Höhe von mindestens 400 Milliarden Euro je Atomreaktor!

Es muss das Verursacherprinzip gelten: Wer den Schaden verursacht, der soll gefälligst auch dafür die Haftung übernehmen und sich entsprechend versichern müssen!

15.000 Unterstützer_innen! Ein herzliches DANKE!!!

Im März zum FUKUSHIMA-Gedenktag wurde die Petition gestartet und von vielen Antiatom-Organisationen aktiv unterstützt! Fast 15.000 Unterschriften wurden gesammelt – ein herzliches Danke dafür an alle, die beim Sammeln mitgeholfen haben und die die Petition mit ihrer Unterschrift unterstützt haben! Auch für alle im österreichischen Parlament vertretenen Parteien war es selbstverständlich, die AKW-Haftpflicht-Petition zu unterstützen. Bei einer Fotoaktion zum TSCHERNOBYL-Gedenktag versammelten sich die

Atomhaftung!

Die massive Unterversicherung der europäischen Atomreaktoren war ein Zugeständnis an die Industrie und ein Mittel, den Bau von Atomreaktoren überhaupt wirtschaftlich attraktiv zu machen. Im Falle eines Atomunfalls sollten die Betreiber nur im Promillebereich für den verursachten Schaden aufkommen müssen – mehr als 99% sollte der Allgemeinheit angelastet werden.

Internationale Abkommen wie die Wiener Konvention (aus dem Jahr 1963) oder die Pariser Konvention (aus dem Jahr 1960) schützen somit die Betreiber von Atomkraftwerken und auch die Zulieferindustrie. Denn: Nicht nur die Haftung ist beschränkt, sowohl zeitlich als auch der Höhe der Haftung nach - Zulieferer für Atomkraftwerke sind überhaupt von jedweder Haftung ausgenommen!

Für einen Atomunfall in einem slowakischen Atomreaktor haftet der Betreiber nur mit 50 Millionen Euro. Für einen Atomunfall in einem der 58 französischen Atomreaktoren nur mit 91 Millionen Euro, in einem britischen Atomreaktor nur mit 157 Millionen Euro, in einem tschechischen Atomreaktor mit 320 Millionen Euro.

Passiert in der Schweiz ein Atomunfall haftet der Betreiber mit 1.400 Millionen Euro und in Deutschland mit 2.500 Millionen Euro.

Demgegenüber stehen aber mögliche Schadenssummen von bis zu 8.000.000 Millionen Euro! Eine im Feber 2013 veröffentlichte französische Regierungsstudie rechnet im Fall eines SuperGAUS in Frankreich mit bis zu 430.000 Millionen Euro! Aber nur für 91 Millionen Euro kommt der Betreiber des französischen Atomreaktors auf!

EU-Kommissar Oettinger für angemessene Versicherungspflicht

Nach den Stresstests forderte EU-Kommissar Oettinger, dass eine Versicherungspflicht für Atomreaktoren von bis zu 10 Milliarden Euro eingeführt wird. In einem Zeitungsinterview meinte Oettinger: „Mein Auftrag besteht nicht darin, durch Sicherheitsdumping Kernkraftstrom billig zu machen. Die Versicherungspflicht ist begründbar. Schließlich muss jeder Autohalter für sein Fahrzeug

Öffentliche Konsultation der EU-Kommission noch bis 22. Oktober

Unter der Internet-Adresse

http://ec.europa.eu/energy/nuclear/consultations/20130718_powerplants_en.htm

kann jede_r seine Meinung zur Atomhaftung und zur derzeitigen viel zu geringen Abdeckung der Schäden eines Atomunfalls abgeben! Noch bis 22. Oktober ist es möglich sich an dieser Öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zu beteiligen! Sagen Sie der EU-Kommission, was sie von der derzeitigen Atomhaftung halten!

Umweltsprecher_innen aller Parlamentsparteien, um gemeinsam die Petition zu unterzeichnen!

Übergabe der Petition an das Europäische Parlament

Es ist geplant, die Petition mit den fast 15.000 Unterschriften im Oktober dem Petitionenausschuss im Europäischen Parlament zu übergeben und auch die gesamte EU-Kommission umfassend über die Petition zu informieren!

Die Petition soll bewirken, dass sich die EU-Abgeordneten intensiv mit der Atomhaftung auseinandersetzen, sich bei der Debatte um eine angemessene Haftpflichtversicherung von Atomreaktoren einbringen und gegebenenfalls dem Vorschlag von EU-Kommissar Oettinger entgegensteuern. Keinesfalls darf die Versicherungspflicht oder eine geringfügige Erhöhung der Haftungssummen einen Freibrief für die Betreiber von Atomkraftwerken bedeuten!

Auswirkungen auf den Preis für Atomstrom

Eine Studie des Energieinstituts an der Johannes Kepler Universität aus dem Jahr 2012 hat ergeben, dass die tatsächliche Überwälzung der Versicherungsprämie auf den Preis für Atomstrom die europäischen Atomkraftwerke aus dem Strommarkt drängen würde. 2011 hatten auch die Versicherungsforen Leipzig in einer Studie die Kosten für eine Haftpflichtversicherung erhoben und

auch eine amerikanische Studie aus dem Jahr 2012 kommt zum Schluss: bei marktüblicher Haftung ist Atomkraft unrentabel!

Praktische Beispiele dafür liefert nach wie vor der SuperGAU von TSCHERNOBYL: Jährlich zahlt die deutsche Bundesregierung an ihre eigene Bevölkerung Entschädigungszahlungen, weil aufgrund der hohen Strahlenbelastung Wildfleisch nicht verarbeitet werden darf. Im Jahr 2012 betragen diese Kompen-



Alle im Parlament vertretenen Parteien unterstützen die AKW-Haftpflichtpetition

sationszahlungen knapp eine halbe Million Euro. Ähnliches ist aus Großbritannien zu berichten: Bestimmte Weideflächen dürfen auch fast 30 Jahre nach dem Reaktorunfall im tausende Kilometer entfernten TSCHERNOBYL nicht genutzt werden. Den Landwirten werden deshalb Nutzungsausfälle ersetzt – durch den britischen Steuerzahler! Und nicht etwa durch den ukrainischen Steuerzahler oder den russischen. Und dass die Allgemeinheit auch in regelmäßigen Abständen für Ausbesserungsarbeiten am Sarkophag in TSCHERNOBYL mitzahlt, ist ebenso ärgerlich wie unverständlich: Wer den Schaden verursacht, hat dafür zu haften und zu zahlen.

Atomstrom weltweit im Rückgang!

Auch wenn manche Medien nicht müde werden und immer wieder davon berichten, dass selbst nach dem Mehrfach-SuperGAU von FUKUSHIMA Japan schon wieder auf dem Weg zurück ins atomare Zeitalter sei: die Fakten sprechen eine andere Sprache.

niedrig wie in den 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Für die Atomlobbyisten war diese Einstufung der IAEA naturgemäß nicht erfreulich und nach Interventionen auch der japanischen Regierung wurden der Status der 47 japanischen Atomreaktoren wieder mit „OPERATING“ angegeben – obwohl sie keineswegs in Betrieb sind und

2. 1993 war die weltweite Atomstromproduktion mit 17% an der gesamten Stromproduktion auf ihrem Höhepunkt – 2012 betrug die Atomstromproduktion nur mehr 10%!

3. Aufgrund des schwachen Ausbauprogramms bleiben die Atomreaktoren länger in Betrieb: Von den derzeit 427 betriebenen Atomreaktoren, sind 190 älter als 30 Jahre, 44 Atomreaktoren sogar mehr als 40 Jahre! Auch die IAEA sieht darin eine sicherheitstechnische Herausforderung!

4. Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA gibt zur Zeit 66 Atomreaktoren an, die im Bau befindlich sind: 44 davon werden in den drei Ländern Russland, Indien und China gebaut.

5. Und: Strom aus Photovoltaik- und aus Windkraftanlagen ist seit dem Jahr 2000 durchschnittlich um 42% bzw. um 27% angestiegen. Im Jahr 2012 wurde um 100 Terawattstunden mehr Strom aus Photovoltaik produziert als im Jahr 2000, mit Windkraftanlagen sogar um 500 Terawattstunden mehr, mit Atomreaktoren hingegen um 100 Terawattstunden weniger!



Japans 50 Atomreaktoren wurden nach dem 11. März 2011 alle wegen Sicherheitsüberprüfungen abgeschaltet und bis heute sind von diesen 50 Atomreaktoren nur zwei wieder in Betrieb genommen worden! Für alle anderen Atomreaktoren ist es unsicher, wann die atomare Kettenreaktion wieder gestartet wird.

Anfang des Jahres hat die Internationale Atomenergiebehörde IAEA aufhorchen lassen: 47 japanische Atomreaktoren wurden mit dem Status „Long-Term Shutdown“ deklariert. Die Anzahl der offiziell in Betrieb befindlichen Atomreaktoren wurde von der IAEA mit „nur“ mehr 390 angegeben, einer Anzahl so

es auch nicht absehbar ist, wann sie wieder in Betrieb gehen werden. An den absoluten Zahlen der Atomstromproduktion ist jedoch ablesbar, dass Atomstrom weltweit an Bedeutung verliert. Im World Nuclear Industry Status Report von Mycle Schneider und Antony Froggatt (<http://www.worldnuclearreport.org/IMG/pdf/20130716msc-worldnuclearreport2013-hr-v4.pdf>) finden sich aufschlussreiche Analysen:

1. Die weltweite Atomstromproduktion ist im Jahr 2011 um 4% zurückgegangen und im Jahr 2012 um weitere 7%!





Wer den europaweiten Atomausstieg will, wird um EURATOM nicht herkommen!

Zum Ende der Legislaturperiode wurden im parlamentarischen Umweltausschuss noch zwei Anträge zum EURATOM-Vertrag eingebracht, die anerkennen, dass der Atomfördervertrag geändert werden und im Wesentlichen darauf abzielen soll, dass man EURATOM für den europäischen Atomausstieg nutzt. Die Grünen gehen in folgende Richtung: Ziele, Programme und Geldmittel der EURATOM-Gemeinschaft sollen in Hinkunft auf die Förderung des geordneten Ausstiegs aus Atomkraft und für Forschung, Entwicklung und Errichtung von Alternativenergie ausgerichtet sein.

Anders sieht der Entschließungsantrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Team Stronach vor, dass es betreffend der Geldmittel der EURATOM-Gemeinschaft zu einer Neuorientierung kommt und diese in Hinkunft ausschließlich zu Gunsten der Sicherheitsaspekte und des bestmöglichen Schutzes der Bevölkerung verwendet werden. Zudem sollen alle Möglichkeiten zur Einberufung einer EURATOM-Vertragsrevisionskonferenz mit dem Ziel eines Atomausstieges ausgeschöpft werden.

Kritik

Mit der Sicherheit von Atomkraftwerken argumentiert auch die Atomlobby. Niemand will, dass unsichere Atomkraftwerke betrieben werden – am wenigsten wollen das die Atomgegner_innen. Höchstmögliche Sicherheit ist das Gebot der Stunde und wenn auch nur der geringste Zweifel an der Sicherheit von Atomreaktoren aufkommt, sind Konsequenzen zu ziehen. Überhaupt nicht einzusehen ist aber, dass die Allgemeinheit für die sicherheitstechnische Nachrüstung von Atomreak-

toren aufkommen soll und wir Österreicher_innen, die massiv von den grenznahen Atomreaktoren bedroht werden, auch noch dafür zahlen sollen, dass die Atomkraftwerke länger laufen. Denn nichts anderes ist die sicherheitstechnische Aufrüstung von Atomreaktoren: da die Atomreaktoren länger in Betrieb sind, steigt natürlich auch die Bedrohung durch diese und mit jedem zusätzlichen Tag, den die Atomreaktoren weiter in Betrieb sind, vergrößert sich sprichwörtlich das unlösbare Problem mit den radioaktiven Abfällen!

Für unsichere Atomreaktoren kann nur eines gelten: Entweder der Betreiber rüstet sofort mit eigenen Finanzmitteln auf das höchste Sicherheitsniveau nach, oder der Atomreaktor ist abzuschalten! Warum SPÖ, ÖVP, FPÖ und Team Stronach für eine Verlängerung des Atomrisikos durch öffentliche Finanzmittel plädieren, ist unverständlich. Der bestmögliche Schutz der Bevölkerung, für den die Parteien in ihrem Entschließungsantrag eintreten, ist: ABSCHALTEN der ATOMKRAFTWERKE – sofort!

Dem Ansinnen, dass alle Möglichkeiten zur Einberufung einer EURATOM-Vertragsrevisionskonferenz mit dem Ziel eines Atomausstieges ausgeschöpft werden, kann viel abgewonnen werden. Leider bleiben aber die Parteien die Antwort schuldig, wie diese Vertragsrevisionskonferenz zustande kommen soll. Für die Einberufung einer solchen Konferenz, bei der dann über den europäischen Atomausstieg verhandelt werden soll, ist Einstimmigkeit vorgesehen und es geradezu utopisch anzunehmen, dass Frankreich, Großbritannien oder Tschechien und die Slowakei auch nur das geringste Interesse daran haben werden, über die Nutzung der Atomkraft zu debattieren, geschweige denn, am europäischen Atomausstieg mitzuwirken.

Es ist unbestritten: Solange es den Atomfördervertrag EURATOM gibt, wird es keinen europäischen Atomausstieg geben und es wird kein

Weg daran vorbeiführen, dass sich die österreichischen Politiker_innen – wenn sie vom europäischen Atomausstieg sprechen – auch Gedanken machen, wie man die Frage des EURATOM-Vertrags löst. Die Chance, mit dem Ausstieg von einzelnen Ländern aus dem EURATOM-Vertrag Bewegung in die Debatte zu bringen und letzten Endes vielleicht auch die Atombefürworterländer zu Verhandlungen zu bringen, ist reell. Ob sie von den Politiker_innen aber auch aufgegriffen wird, ist derzeit mehr als fraglich.

Die Bemühungen um einen Ausstieg Österreichs aus EURATOM sind jedenfalls aktuell wie je:

www.raus-aus-euratom.at



Seit mehreren Jahren finden Aktionen wegen EURATOM statt, u.a. die Gipfelstürmer-Aktion aus 2010 (siehe Fotos)

Temelin-Ausbau verschoben!

Entscheidung erst 2014 oder 2015!

Wir wollen uns nicht zu früh freuen, aber derzeit schaut es für die Atomgegner_innen gut aus: In Tschechien mehren sich die kritischen Stimmen zum Temelin-Ausbau und eine definitive Entscheidung, ob zwei weitere Atomreaktoren gebaut werden, dürfte sich um mindestens ein Jahr verschieben. Nicht schon heuer im Herbst, sondern erst nächstes Jahr oder gar erst 2015 will man über den Ausbau Temelin entscheiden! Auch in Tschechien rechnet man eins und eins zusammen und muss eingestehen: Der Ausbau von Temelin ist wirtschaftlich gesehen völlig unrentabel! Ohne massive staatliche Unterstützung, ohne die Zustimmung der EU-Kommission zu weiteren Subventionen ist der Ausbau Temelins nicht finanzierbar! Die amerikanische Export-Import Bank hat bereits angeboten, den Ausbau mit günstigen Krediten zu unterstützen. Die Europäische Investitionsbank würde wahrscheinlich auch Kre-

dite gewähren. Aber ob die tschechische Regierung für dieses wirtschaftliche Husarenstück Temelin-Ausbau zu haben sein wird und gegen wirtschaftliche Vernunft entscheidet? Und wenn „ja“, zu welchen Bedingungen? Im Moment kann man jedenfalls nicht sagen, dass es für die Atomlobby „wie geschmiert läuft“ ... Wir wollen uns nicht zu früh freuen, registrieren aber, dass der Temelin-Ausbau im Moment auf sehr wackeligen Beinen steht und hoffen, dass der Temelin-Ausbau bald nur mehr kalter Kaffee ist.

Die Gefahren durch die schon betriebenen Temelin-Reaktoren sind genug!



Temelin-Ausbau: hoffentlich bald nur mehr kalter Kaffee!

Meine Spende ist steuerlich absetzbar!

Registrierungsnummer: NT2301



Impressum

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!

Auflage: 3.600 Stück

F.d.l.v.: Roland Egger. Texte, Layout, grafische Umsetzung: Roland Egger,

Gabriele Schweiger, Claudia Kothgassner, Daniel Amerbauer

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz. Telefon: 0732 77 42 75

Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at. Email: post@atomstopp.at

Spendenkonto: Hypo Landesbank BLZ 54000 Konto 205377

Gedruckt mit Ökostrom bei Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt

atomstopp wird unterstützt durch das Land Oberösterreich

und die Landeshauptstadt Linz